

Freihandel und Lohnhändler

Fast grenzenlos freier Markt und nichts für die Menschenwürde. Ausserdem sparen, bei gleichzeitigem Verzicht auf geschuldete Steuern. Das prägt die Winter-session im Nationalrat.

Auch im nationalen Parlament wird Sparen gross geschrieben. In der Budgetdebatte wurden die Personalkosten pauschal um 50 Millionen gekürzt. Die Lobbyisten benutzten intensiv das Mikrofon. Da wurden die Subventionen im Rahmen des Schoggigesetzes erhöht, profitieren wird vor allem Nestlé. Gleichzeitig verweigerte das Parlament Massnahmen, mit denen Steuern korrekt erhoben werden könnten. Es verzichtet damit auf geschuldete Einnahmen. Unternehmen müssten bei einer derartigen Geschäftsmoral bald Konkurs anmelden.

Die Mindestlohninitiative löste einen achtstündigen Redemarathon im Nationalrat aus. Jetzt geht es um die Eins von 1:12. Darf es sein, dass in unserer reichen Volkswirtschaft Löhne bezahlt werden, die nicht zum Leben reichen? Für die Menschen in Drittweltländern wünschen wir uns ein Leben in Würde. Wir gönnen diese Menschenwürde aber nicht einmal unseren eigenen Mitbürgerinnen und Mitbürgern.

Das wohl bedeutendste Geschäft dieser Herbstsession ist das Freihandelsabkommen mit China. Die Wirtschaft demonstriert einmal mehr und konsequent ihren blinden Fleck. Denn mit Blick auf die Menschenrechte ist das Abkommen eine grosse Enttäuschung. Dieser Begriff taucht im gesamten Vertragswerk nicht ein einziges Mal auf, obschon Menschenrechtsklauseln normalerweise ein fester Bestandteil von Freihandelsabkommen sind.

Tatsache ist: die Menschenrechte werden in China mit Füssen getreten. Im globalen Handel wird der Druck auf die Ausbeutung der Menschen noch grösser. Zwangsvertreibungen sind in China an der Tagesordnung. Auf den dadurch gewonnenen Grundstücken werden Fabriken errichtet; eine rücksichtslose wirtschaftliche Entwicklung. Arbeitsrechtliche Forderungen sind nicht durchsetzbar, unabhängige Gewerkschaften sind verboten. Millionen von Menschen schufteten als politische Gefangene in Zwangsarbeitslagern für den Export.

Aus der Schweiz müssten die Betroffenen von uns allen ein deutliches Bekenntnis zu den Grundrechten erwarten können. Erst recht wenn die Schweizer Wirtschaft sich im wachsenden, schier unbegrenzten chinesischen Markt von 1.3 Milliarden Konsumierenden grosse Chancen ausrechnen darf. Die Verteidiger purer Wirtschaftsinteressen aber gehen blind über diese Erwartung hinweg.

Das Parlament kann den vorbereiteten Vertrag nur annehmen oder ablehnen, verändern kann es ihn nicht. Der Nationalrat wird dieses Abkommen wie bereits der Ständerat ebenfalls genehmigen. Das sind schlechte Nachrichten für den Schutz der Menschenrechte. Denn der Vertrag hat sogar Modellcharakter, handelt es sich doch um das erste Freihandelsabkommen von China mit einem Staat auf dem europäischen Kontinent. Es ist deshalb besonders wichtig, mit China in

einen bedingungslosen, intensiven Dialog bezüglich Menschenrechte einzutreten und ein Monitoring aufzubauen.

Zum Schluss noch dies, aufgeschnappt in der rechten Kurve der Wandelhalle:
„Warum eigentlich sind die Linken gegenüber China so skeptisch eingestellt, hält doch diese grosse Nation immerhin die Rote Fahne hoch?“ Nun ja, anscheinend wird Sozialdemokratie noch immer mit kommunistischer Diktatur gleichgesetzt! Modernisierung im politischen Grabendenken tut wirklich Not!

5.12.2013, Martina Munz